

Unter TOP 17.6. hatte die SOLI-Fraktion folgende Anfrage gestellt:

# SOLI-Kreistagsfraktion Lüchow-Dannenberg

12.9.22

Am 2.5.22 beschloss der Kreistag:

- 1) Erhöhungen bei Heizkosten werden für Transferleistungsbezieher\*innen unverzüglich ausgeglichen.
- 2) Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen eines noch zu erstellenden Datenkonzeptes, notwendige statistische Daten im Zusammenhang mit Miete, Nebenkosten etc. zu erfassen und jährlich im Fachausschuss vorzustellen.
- 3) Die Verwaltung wird beauftragt, eine umfassende Kampagne zu starten, um die Nutzungsquote des Teilhabepakets von jetzt 60-70 % deutlich zu erhöhen. Ein Konzept dafür wird im Fachausschuss vorgestellt.
- 4) Der Kreistag appelliert dringlich an die Bundesregierung, die Regelsätze für Strom in den Hartz IV-Transferleistungen unverzüglich der Realität anzupassen.

Wir fragen deshalb:

**Vor dem Hintergrund sich massiv verschärfender Bedingungen für Transferleistungsbezieher\*innen durch die Energieverteuerung:  
Wie wurden die einzelnen Punkte des Beschlusses bisher umgesetzt?**

**Zu 1):**

- a) Wie viele TFB mußten bisher solche Hilfe in Anspruch nehmen?
- b) Welche Nachweise mußten sie erbringen?
- c) Gab es Fälle, bei denen der Anspruch nicht akzeptiert wurde? Wenn ja, warum?
- d) Wie wurden TFBs darüber informiert, dass sie so einen Anspruch haben?

**Zu 2):**

**Liegt das Datenkonzept nach gut 4 Monaten vor? Wie lautet es? Was wird erfaßt?**

**Zu 3):**

**Welches sind die Bestandteile der Kampagne, mit denen die Verwaltung die Nutzungsquote erhöhen will? Welche sind umgesetzt?**

**Zu 4):**

**Welche Rückmeldung gab es seitens der Bundesregierung, die Regelsätze für Strom zu erhöhen?**

**Welcher Anteil der in Aussicht gestellten Erhöhung des Hartz IV-Satzes von gut 50 € entfällt auf Strom?**

**Kurt Herzog**

**Dabei waren die Fragen konkret auf Fallzahlen bezogen und nicht auf allgemeine Ausführungen bzw. Gesamtzahlen z.B. von Bedarfsgemeinschaften.**

**Wir bitten deshalb, konkrete Antworten nachzuholen zu 1a, 1b, 1d.**

**Die Fragen können nicht konkret beantwortet werden, da die Heizkosten immer im Rahmen des gesetzlichen Rahmen übernommen werden. Aus Sicht der Verwaltung können hier keine klaren Grenzen gezogen werden. Wenn ein Mensch bedürftig ist erhält dieser auch die finanzielle Unterstützung, die er benötigt.**

**In Frage 2 ging es um das Datenkonzept zur Erfassung der und nicht um die Daten selber, d.h., welche Daten werden erfaßt und wie. Bitte beantworten.**

**Entwurf ist beigefügt und bezieht sich im Wesentlichen auf die Produktbeschreibungen und kann erweitert werden.**

**In Frage 3 ging es nicht um Maßnahmen der Bundesregierung, sondern um die der hiesigen Verwaltung aktiv in Richtung der Betroffenen!**

**Wir bitten, das in diesem Sinne zu beantworten.**

**Die Maßnahmen, die aufgelistet wurden beziehen sich auf die Kreisverwaltung.**

**Die Maßnahmen beinhalten folgende Inhalte:**

- engere Kooperation mit der Kreisjugendpflege (umgesetzt)
- Internetauftritt verbessern (umgesetzt)
- Infos in den Ferienpass mit aufnehmen (umgesetzt)
- Kreissportbund mit der Bitte Infos an die Vereine weiterzugeben (umgesetzt)
- Jugendfeuerwehren informieren (umgesetzt)
- Infos für die Schulen und Kindergärten zum Auslegen entwickeln (in Arbeit)

**Frage 4 zielte darauf, ob die Bundesregierung auf den konkreten Kreistagsbeschluss zu diesem Bereich reagiert hat, d.h. auf den Brief, mit dem die Verwaltung doch wohl die Bundesregierung angeschrieben und von dem Beschluss informiert hat.**

**Die Verwaltung hat zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf ein Schreiben an die Bundesregierung verzichtet. Der Grund dafür ist, dass die Bundesregierung in den letzten Monaten erhebliche Anstrengungen unternommen hat, die Bürger:innen in diesem Bereich zu entlasten. In den letzten Monaten sind eine Vielzahl an Entlastungspaketen erarbeitet und verabschiedet worden. Auch wurde der erhebliche Zeitdruck der Bundesregierung und der erhebliche Arbeitsaufwand bei der Entscheidung der Verwaltung mit einbezogen, so dass weitere Anfragen zu dieser Zeit unterblieben. Zudem war zu diesem Zeitpunkt die genaue Reform des Bürgergeldes noch nicht klar. Die tatsächliche Umsetzung der Reform mit den Details wurde erst vor einigen Wochen bekannt gegeben. Es wäre daher davon auszugehen, dass eine Antwort der Bundesregierung lediglich den Verweis auf die laufenden Gespräche innerhalb der Regierung bzgl. des Bürgergeldes beinhaltet hätte.**

**Gerne kann dies seitens der Verwaltung, nun da die Reform verabschiedet wurde, nachgeholt werden.**

**Noch ein Wort zum Schluss:**

**SOLI-Anfragen dienen dazu, konkrete Dinge zu erfahren und nicht irgendwelche allgemeine Ausführungen.**

**Die Qualität der Beantwortung dieser obigen Anfragen läßt unseres Erachtens sehr zu wünschen übrig. Das passiert nicht zum ersten Mal.**

**Wir bitten, in Zukunft hier genauer zu werden und zur Not bei Unklarheiten bei der Fraktion nachzufragen.**

**Kurt Herzog**